

POLITISCHES B e r n
durch Kurier
P. B. Nr. 12/59

Köln, den 13. April 1959

Berlin - Wiedervereinigung

Quellen: Meine Gespräche am 10. April 1959 mit:

- I. Dr. Müller-Roschach, Stellvertretender Chef der Abteilung West I im Auswärtigen Amt,
- II. X, Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes.

I.

1. Zur Vorbereitung der Aussenministerkonferenz ist im Auswärtigen Amt eine ad hoc-Arbeitsgruppe gebildet worden, die von Graf Baudissin geleitet wird und Staatssekretär van Scherpenberg direkt untersteht. Die Abteilungschefs werden über die Tätigkeit dieser Arbeitsgruppen nicht orientiert. Diese strenge Geheimhaltung erwies sich als notwendig, weil in Washington, wo sich zu viele Leute mit den Vorbereitungsarbeiten beschäftigen, bedauerliche "Fuites" registriert wurden. Auf Grund von Teilinformationen über die verschiedenen im State Department geprüften Pläne haben Presseagenturen unzutreffende Kombinationen angestellt, die zur gegenwärtigen Verwirrung beigetragen haben.

2. Die in letzter Zeit kritisierte deutsche "Härte" erklärt sich daraus, dass die Bundesregierung mehr als andere ein vitales Interesse daran hat, dass bestimmte Positionen nicht preisgegeben werden. Wenn man Deutschland zumuten würde, diese Stellung heute schon gleichsam kampflos zu räumen, sähe es sich in die Rolle eines Satelliten gedrängt. Andererseits ist sich die Bundesregierung sehr wohl bewusst, dass die Solidarität des Westens eine entscheidende Voraussetzung für einigermassen erfolgreiche Besprechungen mit den Sowjets ist. Sie wird daher alles tun, um diese Solidarität zu fördern.

3. Mit seiner Erklärung über die Oder-Neisse-Linie hat General de Gaulle etwas ausgesprochen, was kaum mehr als sensationell gelten kann. Die Regierung kennt die Fragwürdigkeit des Tauschwertes dieser Position sehr wohl. Sie hat oft genug gesagt, dass eine Veränderung des Status quo mit kriegerischen Mitteln nicht in Frage kommt. Hiervon ausgehend haben die Franzosen auf die deutsche Anfrage geantwortet, es sei nicht schädlich, Fakten als gegeben anzuerkennen, die nur durch Krieg geändert werden könnten. Die Öffentlichkeit ist in der rationalen Erfassung der Lage aber noch nicht so weit. Daher ihre Ueberraschung und Verstimmung.

II.

X gehört zum jüngeren Stab des Auswärtigen Amt und nimmt - mit manchen Altersgenossen - eine kritische Haltung gegenüber der offiziellen Ostpolitik ein:

1. Die jüngere Generation hat mit Ausnahme der Flüchtlinge - und auch diese nicht mehr lange - kaum mehr erlebnismässige Bindungen zu den deutschen Ostgebieten, und zwar nicht nur zum Land östlich der Oder-Neisse-Linie, sondern auch zur sowjetischen Zone, selbst zu Berlin. Niemand wäre bereit, deswegen zu den Waffen zu greifen. Die von der Regierung eingenommene Haltung der Härte steht daher faktisch auf einem schwachen Fundament.

2. Die Härte war notwendig zur Zeit des Stalinismus, als die Hoffnung gerechtfertigt war, der Osten werde angesichts seiner inneren Schwierigkeiten mit der Zeit doch einlenken. Als diese Schwierigkeiten sich in einer sehr bedeutungsvollen Regierungsumbildung in Polen äusserten, wäre für die Bundesregierung der Moment gekommen gewesen, um mit Gomulka Beziehungen anzuknüpfen und ihn gegenüber der Sowjetunion zu stützen. Anstatt dessen wurden auch noch die Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen, obwohl gerade dieses Land bei der Umgestaltung des Ostens von innen heraus eine wichtige Funktion hat.

- 3 -

3. Mit dem Verzicht auf die Oder-Neisse-Linie hätte man vor zwei Jahren noch etwas einhandeln können. Heute ist das Gomulka-Regime konsolidiert und braucht die deutsche Unterstützung nicht mehr. Die polnische Öffentlichkeit, und zwar auch die antikommunistische, empfindet die deutsche Beharrlichkeit als aggressiv und "revanchistisch".

4. Die Konstruktion vom einzigen deutschen Staat lässt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, weil mit zunehmender Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR dieses Gebilde tatsächlich wie völkerrechtlich immer mehr zum Staate wird. Es wird auch hier der Moment kommen, wo man die Anerkennung der DDR vollziehen muss, ohne hiermit eine Gegenleistung zu erhalten.

5. Es ist sinnlos, auf der Stationierung der alliierten Truppen in Berlin zu bestehen, weil diese Position konventionell-militärisch nicht zu halten ist und ein ernstlicher Konflikt nur mit Atomwaffen bewältigt werden könnte. Es ist fraglich, ob die Öffentlichkeit - und nicht nur die hauptsächlich betroffene deutsche - die Berechtigung eines solchen Atomkrieges anerkennen würde, wenn demgegenüber der Vorschlag einer Freien Stadt mit Schutz von UNO-Truppen stände.

6. Der Deutschland-Plan der SPD ist unannehmbar, weil aus ihm die Bereitschaft klingt, die "Errungenschaften" der DDR mehr oder weniger auch auf Westdeutschland zu übertragen und damit eine tiefgehende Strukturwandlung einzuleiten. Dies ist die Konzeption von Wehner, der sich mit dem Plan deutlich offenbart hat. Viele Kreise innerhalb der SPD sind mit diesem Kurs nicht einverstanden. Die Zustimmung von Carlo Schmid und Erler sind schwächliche Aeusserungen der sogenannten Parteidisziplin. Man müsste eine neue Partei der Mitte gründen, bestehend aus der Linken der CDU und der Rechten der SPD.

Kopien für:

die Schweizerische Botschaft, London
 " " Moskau
 " " Paris
 " " ROm
 " " Washington

den Schweizerischen Beobachter bei der
 UNO, New York.

Frey